

UnternehmerInnen-Monitor veröffentlicht / Mehrheit deutscher UnternehmerInnen befürwortet Schulden zur Finanzierung der Corona-Krise

Berlin, 30. November 2020. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. hat heute die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter deutschen WirtschaftsunternehmerInnen während der Corona-Krise veröffentlicht. Der UnternehmerInnen-Monitor der pollytix strategic research liefert unter anderem ein Stimmungsbild zu der Aufnahme von Schulden zur Finanzierung der wirtschaftlichen Rettungspakete, den Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen sowie dem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik.

Verschuldung:

69% der UnternehmerInnen in Deutschland befürworteten dauerhaft höhere Schulden zur Finanzierung der Kosten der wirtschaftlichen Rettungspakete der letzten Wochen und Monate. Nur 26% befürworteten dafür höhere Steuern oder Abgaben.

Verbandspräsident **Dr. Michael Frenzel** macht deutlich: "Die Wirtschaft hat sich **klar gegen Steuererhöhungen zur Haushaltssanierung ausgesprochen**. Sie wären Gift für viele Unternehmen, die durch die Corona-Krise ohnehin schon in Schieflage geraten sind und würde sich zudem dämpfend auf die zu erwartende Konjunkturerholung auswirken. Der Staat hat mit **den zahlreichen Hilfsprogrammen vieles richtig gemacht**. Aber er darf jetzt nicht den Fehler machen und die Schwarze Null weiterhin zum Mantra zu erheben."

Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik:

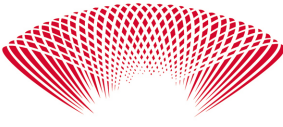
Der UnternehmerInnen-Monitor liefert bedenkliche Hinweise auf die Stimmungslage unter UnternehmerInnen in Deutschland. Während zahlreiche repräsentative Befragungen belegen, dass eine große Mehrheit der Deutschen die Politik der Bundesregierung unterstützt und das Ansehen der politisch Handelnden sich verbessert hat, haben die UnternehmenInnen eine deutlich abweichende Meinung darüber. Nur 13% sind der Auffassung, dass sich das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft verbessert habe. Eine klare Mehrheit von 52% sieht dagegen eine **Verschlechterung** dieses Verhältnisses.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Unternehmen:

Anders als die Bewertung des Verhältnisses zur Politik vermuten lässt, bewerten die UnternehmerInnen die Auswirkungen der Pandemie durchaus differenziert. Zwar sehen rund drei Viertel negative Auswirkungen, aber jede/r zweite UnternehmerIn kann auch positive Entwicklungen benennen.

Als **positiv** wird vor allem der Modernisierungsschub für die Unternehmen und ihre Arbeit genannt. Auf Platz eins liegt hier der Anschlag für Digitalisierung, auf Platz zwei die Etablierung neuer Arbeitsweisen und -prozesse wie beispielsweise die Möglichkeit des Homeoffices.

Negativ bewerten die UnternehmerInnen die unmittelbaren geschäftlichen Risiken und die Sorgen um künftige Auswirkungen eines möglicherweise länger andauernden Lockdowns, das gesundheitliche Risiko für MitarbeiterInnen und KundInnen sowie die Wahrnehmung der Politik als zerstritten und aktionistisch.



Schatzmeister des SPD-nahen Wirtschaftsverbands **Heiko Kretschmer** betont: "Diese Zahlen sind besorgniserregend. Es zeigt sich, dass wir sehr viel mehr mit den UnternehmerInnen und EntscheidungsträgerInnen in der Wirtschaft reden und die Politik in Bund und Ländern erklären müssen. Offenbar sind die durchaus umfangreichen Corona-Hilfen nicht ausreichend. Dabei geht es nicht unbedingt um mehr Geld, sondern um **Wertschätzung, um unbürokratische Bewilligung oder um konkrete Beratungsangebote**. Hier droht ein nachhaltiges Kippen der Stimmung in der Unternehmerschaft. Da wir alle an einem Strang ziehen müssen, ist es wichtig, dass die Bundesregierung und die Länderregierungen jetzt alles dafür tun, in den **Dialog mit den UnternehmerInnen** in Deutschland zu treten.“

Digitalisierung:

Die Entfremdung zwischen Politik und Wirtschaft zeigt sich auch in der Einschätzung der Digitalisierung in Deutschland. 71% sehen die **Unternehmen als Treiber der Entwicklung**. Zwei von drei UnternehmerInnen sind der Auffassung, dass Digitalisierung generell primär eine Aufgabe der Wirtschaft ist. Nur 29% sehen den Staat in vorderster Pflicht.

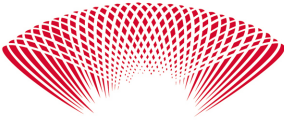
Innovationstreiber:

Eine Mehrheit der deutschen UnternehmerInnen (52%) hält es für erforderlich, dass innovative Industrieunternehmen der Motor der deutschen Wirtschaft bleiben – gerade beim Umbau hin zur **Klimaneutralität**. Der Verzicht auf energieintensive Produktion komme hingegen nicht in Frage. Die Mehrheit der UnternehmerInnen benennt damit eine klare politische und ökonomische Herausforderung, wenn im Zeichen der Klimapolitik die deutsche Industrie Motor der deutschen Volkswirtschaft bleiben soll.

Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft:

An anderer Stelle zeigen sich die UnternehmerInnen deutlich optimistischer als die Deutschen insgesamt. Während repräsentative Studien in der Regel ein gespaltenes Bild in Sachen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft wiedergeben, sehen die UnternehmerInnen dies deutlich optimistischer. 73% halten die **Aufstiegchancen hierzulande für sehr gut oder eher gut**. Nur 25% bewerten sie als eher oder sehr schlecht.

Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband. Die Mitglieder des Wirtschaftsforums sind Privatpersonen, Unternehmen und Verbände aus allen Branchen. Sie spiegeln den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Das Wirtschaftsforum hat sich die Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zur Aufgabe gemacht. Der Verband organisiert den Dialog der Mitglieder mit Politik, Verwaltungen und Institutionen sowie insbesondere sozialdemokratischen VerantwortungsträgerInnen.



Weitere Informationen unter: www.spd-wirtschaftsforum.de

Sie haben noch Fragen oder benötigen weitere Informationen? Wenden Sie sich gerne an:

Stephanie Preuß

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

sp@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 30 400 40 664

Mobil: +49 151 11 320 600